

Dogs of War

„Nichts wird mehr so sein wie vorher“ war der nahezu einhellige Tenor in den bürgerlichen (und nicht nur diesen) Medien nach den reaktionären Anschlägen vom 11. September. Die Perspektiven dieses „neuen Seins“ erscheinen im Lichte, der in der Folge der Anschläge eingeleiteten außen- und innenpolitischen beschleunigten Maßnahmen in den meisten westlichen Industrienationen, wie die Inszenierung „orwellscher Sicherheitsstaatsphantasien“. Maßnahmen für eine Militarisierung und Homogenisierung von Politik und Gesellschaft, Verschärfungen der sogenannten inneren Sicherheit und von rassistischer Ausgrenzung bleiben aber leider keine Phantasien, sondern stellen auf unterschiedlich Weise eine tiefgreifende reale Bedrohung für Menschen in den Industrienationen als auch für Menschen aus Staaten der Peripherie dar.

„Alles bleibt so wie es ist“ lautet die nur scheinbar widersprüchliche Gegenfeststellung, letztendlich läßt sich aber die eine Feststellung nicht ohne die andere denken. Soll heißen alle existierenden Gesellschaften waren und sind weiterhin einer Totalität kapitalistischer Wertvergesellschaftung unterworfen, dessen Prinzip der Verwertbarkeit kein Innen und Außen kennt.

Eine Lösung ist somit weder durch innen- oder außenpolitische Maßnahmen, noch durch den gerade stattfindenden Krieg zu erwarten, weil es nicht um Lösungen geht. Gesellschaftlicher Fortschritt, also die Verwirklichung von Glück und Genuß bei einem Minimum an zwanghafter Arbeit **und zwar für alle**, läßt sich somit definitiv nicht innerhalb der kapitalistischen Fortschrittslogik denken, sondern kann nur eine Folge der Überwindung eben dieser kapitalistischen Verhältnisse sein.

Die Pflicht:

Ground Zero I

2843 Tote als erschreckendes Ergebnis der Anschläge, oder besser der Massaker vom 11. September, sind sinnlos und traurig. Die ausgewählten Ziele derjenigen, die diese Anschläge verübt haben, macht deutlich, dass es Tätern darum ging, die Vereinigten Staaten möglichst umfassend zu treffen. So lassen sich die getroffenen Ziele als Angriff auf die politische (Camp David), militärische (Pentagon) und ökonomisch – kulturelle (World Trade Center) Macht der Vereinigten Staaten deuten. Eine genauere Betrachtung der angegriffenen Ziele sowie deren symbolischen Gehalt, verdeutlicht aber auch andere Motivationen der Gruppe oder Gruppen, die diese Anschläge verübt haben.

So wird New York einerseits mit Kommerz, Urbanismus und Populärkultur identifiziert andererseits ist New York, die Stadt, in der die meisten Juden außerhalb von Israel leben. Etwas abstrakter ausgedrückt, gilt New York als Symbol für die globale Macht des Kapitals und zugleich für den jüdischen Einfluß, dem diese angeblich unterliegt. Im Kern antisemitischer Verschwörungstheorien steht die Wall Street und das World Trade Center als Beispiel für jüdische Dominanz schlechthin, von hier aus beherrschen die Juden das globale Finanzwesen und steuern die US-amerikanische Politik. Der Terror der Angriffe galt somit dem verhaßtem jüdischen Amerika und dem Wunsch der Täter es zu vernichten und ist somit identisch mit dem zentralen Ziel des Antisemitismus, die Juden zu vernichten.

Die Botschaften dieser Massaker an Menschen und Material lassen sich somit in keinem Fall zu einem Beitrag linker Kritik umschreiben.

Die These, dass die Attentäter trotz „falschen“ Bewußtseins die Richtigen getroffen hätten, verschweigt ihre antisemitischen Motive. Somit haben die Anschläge weder in Ausführung noch Ihren Intentionen etwas mit emanzipatorischen Inhalten linksradikaler Politik zu tun und sind deshalb in Gänze abzulehnen.

Anders verhält es sich mit der Bewertung der Folgen der Anschläge. Zentrale Aufgabe linksradikaler Gruppen ist es eine fundamentale Kritik an bürgerlich – kapitalistischen Verhältnissen zu formulieren und bestenfalls eine Praxis zu entwickeln, die auf eine Überwindung eben dieser Verhältnisse zielt. Auf der Grundlage dieser Kritik ist es möglich Positionen zu entwickeln, die eine Bewertung des Krieges gegen Afghanistan ebenso möglich machen, wie eine Bewertung der innen- und außenpolitischen Maßnahmen der meisten Industrienationen. Aufgabe der deutschen radikalen Linken muß es darüber hinaus sein, die Rolle Deutschlands nach den Anschlägen kritisch zu untersuchen um in der Tradition von „Der Hauptfeind steht im eigenem Land“ eine geeignete Praxis zu entwickeln. In der Folge wollen wir versuchen, die Kernpunkte heraus zu arbeiten, die für eine radikale Kritik, der Folgen der Anschläge des 11. Septembers, notwendig sind.

Imperialismus

Der „Krieg gegen den Terror“ und der Angriff auf Afghanistan sollte keinem Fall Ausdruck einer blindwütigen Rache sondern ein wohl geplantes Unternehmen, um die Verantwortlichen des 11 September ihrer gerechten Strafe zu führen. Diese Tatsache betonten sowohl die Vereinigten Staaten sowie die der Koalition gegen den Terror beigetretenen Länder ständig.

Und tatsächlich nahmen sich alle Beteiligten, allen voran die Vereinigten Staaten, ausreichend Zeit, um dieses Unternehmen sorgfältig vor zu bereiten. Im Ergebnis läßt sich vorweg allerdings feststellen, dass der Krieg gegen Afghanistan sowohl alle Tatbestände einer Rache (im Militärjargon Vergeltungsschläge genannt) erfüllt , wie auch, dass das Ziel der rechtlichen Verfolgung der Täter und deren Hintermänner (so es überhaupt eine Motivation war) der viel handfesteren Durchsetzung von geopolitischen und ökonomischen Zielen gewichen ist.

So wurden, vom UNO Sicherheitsrat und der Vollversammlung in einstimmigen Resolutionen, am 12. und 28. September 2001, die Anschläge vom 11. September als „Bedrohung von Frieden und Sicherheit“, verurteilt. Allerdings hat der UNO Sicherheitsrat gleichzeitig auch eine Reihe von Grundsätzen bekräftigt. So wurden vom UNO Sicherheitsrat, entgegen der offiziell von politischer Seite (in verschiedenen Ländern) aufgestellten Behauptungen, keine militärischen Maßnahmen beschlossen oder gefordert. Vielmehr hatte der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen am Tag nach den Anschlägen eine einzige operative Forderung erhoben: die Täter vor Gericht zu stellen und ihre Hintermänner zur Verantwortung zu ziehen. Nach dem Beginn des Krieges, wurde dieser vom UN – Sicherheitsrat zur Kenntnis genommen. Eine formale Ermächtigung für diesem Krieg, war nicht nötig, da es, nach Darstellung der Vereinigten Staaten und Großbritanniens um eine legitime Wahrnehmung des Selbstverteidigungsrechtes gem. Artikel 51 der UNO Charta handeln sollte. Ein Selbstverteidigungsrecht im Sinne dieses Artikels, kann allerdings im Falle eines Angriffes von terroristischen Gruppen nur dann angewendet werden, wenn dieser einem konkretem Staat zu gerechnet werden kann.

Gegen diese unter den Umständen nach dem 11. September zumindest fragwürdige Interpretation des Völkerrechts, wurde von den 13 Ratsmitgliedern weder Widersprüche noch Bedenken geäußert (vergl. hierzu Norman Paech, "Terror und Krieg" in "Zukunft des Terrorismus und des Friedens", VSA Verlag Hamburg, 2002). Gleichzeitig bemüht sich die UNO Vollversammlung um die Verabschiedung einer Anti – Terror – Konvention, um zukünftig eine solidere Handlungsgrundlage zu haben. Die Verhandlungen scheiterten bis jetzt aber an der Einigung über eine gemeinsame Terrorismusdefinition.

Die Verhandlungen vor den Vereinten Nationen lassen sich aber bestenfalls als Intermezzo bewerten, denn es zeigte sich sehr schnell die Tendenz, dass die US - Politik sich ihrer völkerrechtlichen Einbindung zum Trotz, nicht an die Bewertungen und Forderungen des UNO Sicherheitsrates halten würden.

Bereits unmittelbar nach den Anschlägen, am 12.09.2001 hatte der NATO – Rat den Verteidigungsfall für den Fall festgestellt, dass der Angriff von außen gesteuert wurde. Ignoriert wurde in diesem Zusammenhang, dass der Verteidigungsfall nur festgestellt werden kann, wenn es sich um einen dauerhaften Angriff und nicht um eine einmalige Aktion handelt. Die Feststellung des Verteidigungsfalles war ein, seit Bestehen der NATO einmaliger Vorgang. Weder im Koreakrieg, noch als die Berliner Mauer gebaut wurde, noch während des Vietnamkrieges oder zu Zeiten von Ronald Reagan und der Ära der neuen Hochrüstung und der "NATO Nachrüstung wurde der Verteidigungsfall festgestellt. Nach Vorlage von Beweismaterial durch die Vereinigten Staaten, wurde am 02.10.2001 festgestellt, dass der Bündnisfall eingetreten sei. Die Anschläge gelten jetzt als „bewaffneter Angriff“ auf die Vereinigten Staaten und damit – nach Artikel 5 des NATO – Vertrages als Angriff auf das Bündnis als Ganzes. Über Art und Inhalt des Beweismaterials wurde strengste Geheimhaltung gewahrt, so dass anderweitige objektive Beurteilungen nicht möglich waren. Feststellen lässt sich, dass die europäischen NATO Staaten massiv auf eine Kriegsbeteiligung drängten und somit sowohl den Kriegskurs der US Regierung beschleunigten als auch die Militarisierung der internationalen Politik. Trotz dieser eindeutigen Beschlüsse der NATO macht die US Regierung allerdings schnell klar, dass sie nicht bereit war, den Afghanistankrieg im Rahmen des NATO Bündnisses zu führen. Dieser Krieg sollte ohne hemmende Bündnisstrukturen der NATO geführt werden, die Vereinigten Staaten ihre will geostrategische Politik auch von diesem Bündnis emanzipieren.

Die erste Phase der Zusammenstellung der Staaten, der „Allianz gegen den Terror“, geriet zu einer Vorstellung, die vorsichtig ausgedrückt sehr merkwürdig anmutete. So ließ sich zwar ein vages gemeinsames Interesse, auf der Basis der westlichen Wertegemeinschaft erkennen, aber auch eine Reihe gegensätzlicher Interessen, denn der Charakter der Beziehungen der einzelnen Staaten wird vorrangig durch Konkurrenz geprägt. Erkennen lässt sich so eine wilde Mischung unterschiedlichster nationalstaatlicher Einzelinteressen und die Hoffnung der beteiligten Nationalstaaten ihre Interessen in diesem Konflikt ‚subsumieren und lösen zu können. So schulterte Großbritannien unter Führung ihres Premierministers Tony Blairs die Gewehre, der auch gleich gefragt oder ungefragt die Rolle eines der Scharfmacher in diesem Konflikt übernahm.

So formulierte Blair den Grundsatz für diesen Krieg, dass die „Weltgemeinschaft“, als Zentrum der gemeinsamen positiven gesellschaftlichen und politischen Werte, sich gegen die Gewalt und Wildheit der Fanatiker verteidigen müsse. Unter den Tisch fallen, läßt Blair allerdings, die ganz und gar nicht, „weltgemeinschaftlichen“, hegemonialen Interessen Großbritanniens. In der BRD katalysierten die Attentate währenddessen das Interesse eigenständige Kraft in militärischen Operationen zu werden. China und Rußland verbänden mit ihrem Beitritt, die Hoffnung ihre eigene „Terrorismusbekämpfung“ (z.B. in Tschetschenien und Westchina) nachträglich legitimieren zu können. Außerdem sahen sie Möglichkeit ihre Menschenrechtsverletzungen (.z.B. Tibet), die ein ständiges Problemfeld in internationalen Beziehungen waren, unter den Tisch zu kehren. Die von verschiedenen Staaten der Allianz ausgeworfenen „ökonomischen Köder“ und mehr oder weniger sanfter diplomatischer Druck, wogen dann auch schwerer als die Furcht vor möglichen hegemonialen Ambitionen der Vereinigten Staaten und anderen Staaten in der zentralasiatischen Region.

Viele afrikanische und arabische Staaten traten hastig der Allianz bei, um sich entweder gar nicht erst dem Verdacht aus zu setzen oder einem eventuellen Verdacht zu entkräften, dass Sie die Urheber der Attentate unterstützten. Einige Staaten erhofften sich auch neue innenpolitische Möglichkeiten, für ihre eigenen Auseinandersetzungen mit islamistischen Gruppierungen.

Die Türkei boten bereits 4 Tage nach den Attentaten die Nutzung die Nutzung ihrer Flugplätze an und war bereit die notwendige Logistik zu stellen. Ihr kaum bemänteltes Anliegen war klar, die Türkei erhofft, im Gegenzug, die Vergabe von großzügigen Krediten

des Internationalen Währungsfonds (IWF) und privater Banken, um die dramatische Wirtschaftskrise und die galoppierende Inflation in den Griff zu bekommen. Ein möglicher Folgeangriff, der Allianz gegen den Irak, käme der Türkei allerdings gar nicht recht, denn der Irak ist für sie sowohl strategischer Partner gegen die Kurden als auch Wirtschaftspartner. Selbst Pakistan, unter der Führung des Atombombengenerals Musharraf, wurde, nachdem es sich dem stetigen Druck und den verlockenden Schuldenerlassen gebeugt hatte, schnell mal amnestiert und konnte nun als Land mit einer „liberalkonservativen“ Regierung der Allianz beitreten.

So hoben die Vereinigten Staaten alle Sanktionen auf, die 1978, 1990 und 1998 verhängt worden waren. Im Dezember bewilligte dann der IWF Pakistan einen neuen Kredit über 1,3 Milliarden US\$ und kurze Zeit später gewährte der Pariser Club die Erlaubnis für eine Umschuldung in Höhe von 12,5 Milliarden US\$ (die Gesamtschulden Pakistans belaufen sich auf 32,8 Milliarden US\$). Israel, das seit seiner Gründung, den Angriffen islamistischer – antisemitischer Staaten und Gruppen ausgesetzt ist, durfte der Allianz nicht beitreten. Denn die Teilnahme Israels an der „Allianz“ hätte bedeutet, dass Staaten, deren Gesellschaften nicht minder islamistisch -antisemitisch als die mutmaßlichen Attentäter sind, ihre Teilnahme unter keinen Umständen in Betracht gezogen hätten.

30000 Soldaten, Hunderte der modernsten Flugzeuge sowie einem halben Dutzend Flugzeugträger machten dann auch schnell klar, dass hier um mehr ging als den ausgemachten Haupttäter Osama bin Laden und seine Gefolgsleute zu verhaften. Es wurde und wird ein Krieg gegen ein gesamtes Land geführt, mit dem Ziel die Regierung zu beseitigen und Selbige durch eine genehmere Neue zu ersetzen.

Gleichzeitig wurde angekündigt, dass der „Krieg gegen den Terror“, ein langer Feldzug werden wird und einer Reihe von Staaten wurde schon einmal vorsorglich direkt oder indirekt angedroht, dass Sie ebenfalls auf der Angriffsliste stehen würden. Man hat die Tragödie nicht gewollt, verwandelt sie so aber in eine günstige Gelegenheit. Die Kriegspropaganda emanzipiert sich vom Menschenrecht und kehrt zurück zum klassischen Imperialismus. Imperialismus verstanden als nationale Macht- und Expansionsbestrebungen mit dem Ziel, andere Länder politisch, militärisch, wirtschaftlich oder kulturell zu beherrschen und damit abhängig zu machen. Offen geht es nun um die Sicherung von Rohstofflagern, Transitstrecken und Investitionen sowie um die militärische Besetzung geostrategischer Knotenpunkte.

Warum also eine kriegerische Intervention in Zentralasien? Die Region ist reich an Bodenschätzen und ihre Lage ist bedeutsam. Sie bildet die Achse zwischen Europa und Asien, der modernen Seidenstraße und dem Nord- Süd –Verkehr zum indischen Ozean. Außerdem wird die Region als ein möglicher dynamisch wachsender Markt, vergleichbar, mit den ostasiatischen Tigerstaaten oder China gehandelt. Die bekannten und vermuteten Ölreserven der Region, kommen auf ein Viertel der nahöstlichen Reserven. In der Region befinden sich bedeutende Gasvorkommen, Gold, Zink, Kupfer, Silber, Bauxit und die drittgrößten Uranreserven weltweit. Die Staaten der Region (also Turkmenistan, Kasachstan, Usbekistan, Aserbajdschan, Tadschikistan, Kirgisien und Afghanistan) beziehen bereits Maschinen, Reaktoren, Elektroausrüstung, Ölprodukte, Fahrzeuge und Nahrungsmittel zu 40% aus Rußland, zu 12% aus der BRD, und zu je 5% aus Großbritannien und den Vereinigten Staaten, gleichzeitig liefern sie Ihre Rohstoffe nach Rußland, in die Ukraine, nach China, Italien, der BRD und Großbritannien.

Die Ölfelder sind erst rudimentär erschlossen (zu ca. 5%) und die Frage des Transportes ist noch nicht geklärt. Der Kampf um die Erschließung sowie dem Zugang zu diesen Reserven ist bereits seit Anfang der 90er Jahre zunehmend entbrannt. Es geht hier um vitale Interessen verschiedenster Staaten oder Staatenbünde (Vereinigte Staaten, Rußland, China, Europa). Die Auseinandersetzungen drehen sich um unterschiedliche Fragen, die im folgenden kurz zusammengefaßt sind. Die Erschließung bedeutet sowohl den Absatz der entsprechenden Technologien als auch in der Regel, die Sicherung von Förderrechten. Gleichzeitig steigen die Optionen auf den Absatz von Öltraffinerungstechnologien.

Beim Transport geht es zum einen um in den milliardenschweren Bau von Pipelines zum anderen um den Profit, den jedes Transitland über Gebühren auf das transportierte Öl erhält. Schließlich entscheiden die Zielorte der Pipeline darüber, welche Staaten dort ungehinderten Zugang haben und diesen auch schützen können. Die Hauptauseinandersetzungen spielen sich zwischen den Vereinigten Staaten und Rußland ab, da die Vereinigten Staaten versuchen Rußland mit dem Bau von Pipeline zurück zu drängen und sich die Reserven zu sichern, aber auch Europa und China versuchen sich einen Teil des Kuchens zu sichern. Derzeit halten US – Ölgesellschaften (Exxon, Mobil Oil, Conoco oder Chevron) bis zu 50% an den wichtigsten Ölkonsortien in der Zentralasiatischen Region und haben bislang ca. 20 Milliarden Dollar in die Erschließung der Vorkommen investiert. Der Transport von Öl und Gas war bislang das entscheidende Problem, da es bislang noch nicht gelungen ist die russischen Pipelines zu umgehen. So mußte Mitte der 90er das Projekt einer Pipeline von Turkmenistan zu einem pakistanischen Hafen am arabischen Meer eingestellt werden, da sich in den Verhandlungen mit den in Afghanistan herrschenden Taliban herausstellte, dass die Lage in Afghanistan zu instabil ist. Durch den Krieg gegen Afghanistan ändert sich das Bild natürlich entscheidend. Nun gehen auch eher verhaltene Experten davon aus, dass die Option einer Pipeline durch Afghanistan wieder hochaktuell und das diese bei der Ausarbeitung der US – Strategie bedacht worden ist.

Beinahe anachronistisch mutet es an, wenn man einen kleinen Blick zurück wirft. Als die Sowjetunion 1979 versuchte, die zusammenbrechende sozialistische Regierung durch den Einmarsch sowjetischer Truppen zu unterstützen, eskalierte der bewaffnete Konflikt mit den Mujahedin zum Krieg. Nach dem Rückzug der sowjetischen Truppen 1989 kämpften die Mujahedin weiter gegen die kommunistische Regierung und brachten dieses 1992 zum Sturz.

Bei den Mujahedin handelte es sich um ein breites Bündnis heterogener Gruppen, die von Beginn ihres Widerstandes gegen die sozialistische Regierung, ganz oder in Teilen von den Vereinigten Staaten unterstützt wurden. Diese islamistischen Gruppierungen eigneten sich aufgrund ihrer Zielsetzungen besonders dazu, als antikommunistische Waffe eingesetzt zu werden. So wurde die Finanzierung, Ausrüstung und Ausbildung der Mujahedin zur größten Operation in der Geschichte des amerikanischen Geheimdienstes CIA. Leider führte sie nicht ganz zum gewünschtem Erfolg, denn nach dem Zusammenbruch der kommunistischen Regierung, konnten sich die unterschiedlichen Warlords nicht über eine gemeinsame Regierung einigen und so ging der Krieg weiter. Ende 1994 formierten sich die Taliban in den afghanischen Flüchtlingslagern in Pakistan. Den Taliban gelang es bis zum Jahre 2001 nahezu 95% von Afghanistan unter ihre Kontrolle zu bringen. Die restlichen 5% im Norden von Afghanistan, wurden von einem buntem Konglomerat von Gruppen und Grüppchen kontrolliert, die heute unter dem Namen Nordallianz bekannt. Diese wilde Mischung wurden ökonomisch und militärisch von Usbekistan, Tadschikistan, Rußland und dem Iran unterstützt. Die Taliban wiederum wurden von Pakistan und bis 1997 von den Vereinigten Staaten und Saudi Arabien unterstützt. Die beiden letztgenannten hofften, dass im Erfolgsfall, ein gemeinsames (amerikanisch – saudiarabisches) Ölkonsortium, mit der neuen Regierung Verträge über den Bau ein Ölpipeline abschließen könnte, die von Turkmenistan bis zur Küste Pakistans reichen sollte. 1997 /98 scheiterten die Verhandlungen jedoch und die Vereinigten Staaten und Saudi Arabien nahmen von der Unterstützung der Taliban im Gegensatz zu Pakistan Abstand. So zeigt sich, dass dieser Krieg auch unter dem Blickwinkel der historischen Entwicklung in der Region, sicherlich der Versuch ist, einen neuen geostrategischen Status Quo her zu stellen, um die vorausgegangenen Fehlschläge zu bereinigen.

Islamismus

Feindbild Islam? In der Zeit nach dem elften September 2001 waren die politisch Verantwortlichen schnell bemüht, einer anti-muslimischen Programstimmung in der

Bevölkerung der westlichen Staaten entgegenzuwirken, sei es, dass Präsident Bush sich beim Besuch einer Moschee filmen ließ oder Bundespräsident Rau den "Dialog der Kulturen" beschwor. Gleichzeitig aber defilierte in Deutschland eine Heerschar tatsächlicher, meist aber doch eher selbsternannter IslamexpertInnen durch die Medien um das Phänomen "Islam" zu erklären. So verbreitete sich der unvermeidliche Peter Scholl-Latour über die "kriegerische Rasse der Afghanen" und nannte den Islam eine kriegerische Religion, der man ebenso militant begegnen müsse, der Spiegel fragte besorgt "Jeder Muslim eine Bombe?" (Spiegel 15.10.2001) und der Stern schwadronierte über "fanatische Krieger im Namen Allahs". Hierbei wurde selten unterschieden, ob mit "Islam" die Religion, der Islamismus, die muslimischen Länder des Nahen und Mittleren Ostens oder alle islamisch geprägten Länder gemeint sind.

All diese journalistischen Verallgemeinerungen verbanden sich aufs trefflichste mit dem rassistischen gesellschaftlichen Konsens, der ohnehin vom Fremden, speziell vom "arabisch" anmutenden Fremden, noch nie etwas Gutes erwartet hatte. Die Gestalt des "Schläfers" eignete sich hervorragend als Projektionsfläche aller dumpfen Vorurteile und Ressentiments. So verbreiteten sich die Harburger NachbarInnen der mutmaßlichen Attentäter des 11. Septembers in Interviews bereitwillig über die absonderlichen Gewohnheiten ihrer Hausmitbewohner, die zum Beispiel darin bestanden, ein unauffälliges Leben zu führen und hin und wieder Besucher zu empfangen, die offensichtlich aus dem selben Kulturkreis stammten wie sie selbst. Ebenso wurde die Rasterfahndung unter rechtlich sehr bedenklichen Voraussetzungen ausschließlich an ausländischen, männlichen Studierenden vollzogen. Zusammenfassend lässt sich also sagen, dass mangels anderer Kriterien ausschließlich das irgendwie "arabische", "muslimische" herhalten musste, um eine Person der schrecklichsten Gräueltaten zu verdächtigen. Die Bedrohung durch "den" Islam schien allgegenwärtig zu sein und den Einsatz härtester Mittel zu rechtfertigen.

Dabei sind viele wichtige Verbündete der westlichen Staaten auch Regierungen des islamischen Kulturkreises oder sogar selbst islamistisch. Eine wirklich anti-islamistische Außenpolitik wäre aus diesem Grunde schwer durchzuhalten. Die islamistische "Gefahr" wird daher mit politischem Kalkül je nach Opportunität beschworen oder ausgeblendet. Bedrohlich ist dabei, dass die imperialistische Politik je nach Bedarf auf den rassistischen gesellschaftlichen Konsens gegen das Feindbild Islamismus zurückgreifen kann. Dies war auch ein Aspekt der ideologischen Begründung des Kriegs gegen Afghanistan. Völlig ausgeblendet wird und wurde dabei das Wissen über militärische, ökonomische und kulturelle Hegemonien. Trotz des grausigen "Erfolgs" der Anschläge ist keine islamistische Gruppe und kein islamisches Land auch nur entfernt in der Lage, an diesen Hegemonien zu rütteln.

Der politische Islam

Die unbestreitbar in jeder Hinsicht reaktionären Inhalte islamistischer Gruppen und Regierungen sind nicht Ausdruck unüberwundener mittelalterlicher Verhältnisse, sondern vielmehr Folge moderner ökonomischer und sozialer Veränderungen in den jeweiligen Ländern. Der heutige politische Islam begann nicht zufällig Ende der siebziger Jahre populärer zu werden, als die steigende Massenarmut verdeutlichte, dass sowohl nationalstaatlich gesteuerte Projekte einer nachholenden Industrialisierung als auch der Versuch, sozialistische Gesellschaften in den Ländern der sogenannten Dritten Welt aufzubauen, gescheitert waren. Islamismus lässt sich also auch als "Ideologie" einer Zusammenbruchsreligion entziffern, die vom Staatssozialismus nichts zu erwarten hatte und vom weltweiten Kapitalismus noch weniger. "Somit ist der Islamismus in den meisten seiner Spielarten nicht angetreten, um die Welt zu erobern, sondern um die aus seiner Sicht zerüttete innere Ordnung der muslimischen Gesellschaften wieder herzustellen." (Bernhard Schmid in: Jungle World, 42/01)

Der Islamismus ist ein modernes politisch - religiöses Phänomen, das den Säkularisierungsprozess und die Modernisierung der islamischen Gesellschaften seit dem Ende des 19. Jahrhunderts begleitet. Er ist somit auch unter dem Eindruck der Kolonialisierung durch die europäischen Mächte und vor dem Hintergrund der Trennung von Religion und Staat entstanden, die er wieder aufzuheben sucht. Obwohl er in vielen muslimischen Ländern seine Basis in den ärmsten sozialen Schichten hat, die sich von den regierenden politischen Eliten keinerlei Verbesserung ihrer Lage mehr erhoffen und in denen die islamistischen

Bewegungen teilweise die einzige Form sozialer Sicherung organisieren, ist er doch in dieser Hinsicht nicht im mindesten emanzipatorisch. Der Islamismus hat keinerlei sozialrevolutionäre Ambitionen. Seine gesellschaftlichen Utopien beschränken sich in ökonomischer Hinsicht auf das gute Funktionieren des islamischen Almosenmodells und der gemeinschaftlichen Verpflichtung, sich um die "Armen" zu kümmern. Das kapitalistische Wirtschaftsmodell wird von den islamistischen Bewegungen nicht in Frage gestellt.

Der politische Islam ist dabei keine geschlossene Bewegung, kein Block mit einer einheitlichen Ideologie. Es gibt den schiitischen politischen Islam im Iran, der als "Ableger" die Hizbollah im Libanon unterstützt. Es gibt den Wahhabismus Saudi-Arabiens, der den islamistischen Widerstand in Afghanistan unterstützte und aus dem auch Usama bin Laden stammt. Es gibt die Taliban, die den Suniiten zuzurechnen sind und das Schiitentum als Ketzerei bekämpfen. Es gibt islamistische Staaten wie den Sudan. Daneben gibt es starke islamistische Bewegungen in säkularisierten Staaten wie Algerien, die sich teilweise auf eine starke Basis in der Bevölkerung stützen können, aber auch eine Organisation wie Al Quaida, die versucht, global zu operieren.

Zusammenfassend lässt sich sagen: Der Islamismus ist kein Atavismus. An seiner Entstehung waren Kolonialismus und Imperialismus mitbeteiligt. Er tritt in den unterschiedlichsten Erscheinungsformen auf. Er hat keine sozialrevolutionären Anteile, verträgt sich also mit dem Kapitalismus aufs beste.

Europäische Geschichten

Innerhalb vieler Gremien der EU, war nach dem 11. September nicht nur die Bestürzung groß. Mit Sicherheit stellte sich eine gewisse Befriedigung ein, dass nun eine Reihe Ihrer Planungen nicht umsonst waren. Planungen zur Überwachung der europäischen Bevölkerung, zum Ausbau riesiger Datenbanken, zur Verschärfung des Strafrechtes, der Vernetzung von Polizeistellen und Geheimdiensten, der Entwicklung einer gemeinsamen EU Außenpolitik, die Schaffung einer gemeinsamen europäischen Verteidigungsidentität und Etablierung einer gemeinsamen europäischen Armee zur erfolgreichen Teilnahme an zukünftigen „Out of Aerea“ Einsätzen. Die Ergebnisse solch mühsamer Arbeit werden üblicherweise selten einer breiten Öffentlichkeit vorgestellt, doch Angesichts der Attentate war es diesmal anders.

So bündelten die Innen- und Justizminister kurzerhand die Inhalte von 37 geeignet erscheinenden Akten um dies dann als einen Teil von Europas Antwort auf den Terrorismus zu präsentieren. Schon die Aufzählung, dessen was unter terroristischen Straftaten verstanden werden soll, zeigt die Intentionen der europäischen Minister. So findet man dort neben Mord, Erpressung, Entführung und Herbeiführung einer Sprengstoffexplosion auch "wiederrechtliche Inbesitznahme oder Beschädigung staatlicher Einrichtungen, öffentlicher Transportmittel, Infrastruktur-Einrichtungen, öffentlicher Plätze und öffentlichen Eigentums. Eine terroristische Gruppe soll eine „strukturierte Gruppe“ von mehr als zwei Personen sein. Für die letztgenannten Straftaten ist ein Strafrahmen von fünf Jahren Haft, sowie von zwei Jahren alleine für die Androhung vorgesehen. Freigestellt wird den Mitgliedsstaaten, die Verhängung darüber hinaus gehender Sanktionen (z.B. gemeinnützige Arbeit, Einschränkung bestimmter politischer oder Bürgerrechte sowie Geldstrafen). Ganz offensichtlich geht es hier nicht darum ähnliche Attentate, wie in New York, zu verhindern, sondern Widerstand wie z.B. in Prag, Göteborg oder Genua. Hier geht es darum, den Wunsch nach gesellschaftlicher Veränderung, egal in welcher Art und Weise er formuliert wird, unter schärfere Strafen zu stellen.

Auf der Grundlage eines gemeinsamen Terrorismusbegriffes soll nun auch ein gemeinsamer europäischer Haftbefehl eingeführt werden, der die Auslieferung mutmaßlicher TerroristInnen beschleunigen soll. Als problematisch stellte sich zum einen heraus, dass einige europäische Staaten einen Straftatsbestand „Terrorismus“ gar nicht kennen zum anderen scheiterten die Verhandlungen bis jetzt allerdings noch an dem Widerstand von Italien, die darauf bestehen,

dass die Straftatsbestände Korruption, Geldwäsche und Betrug herausgenommen werden (zufälligerweise genau die, weswegen Premierminister Berlusconi bereits mehrere Strafverfahren hatte).

Im Bereich der Exekutive werden die Kompetenzen von Europol massiv erweitert. So wurde zunächst eine „Anti Terror Task Force“ eingerichtet. In der Task Force sind neben PolizeispezialistInnen auch VertreterInnen der nationalen Geheimdienste zusammengefaßt. Eine Trennung von Polizei und Geheimdienst, wie sie im deutschen Grundgesetz vorgeschrieben ist, wurde damit aufgehoben. Aufgabe von Europol soll die grenzübergreifende Kooperation, nicht nur innerhalb der EU, sondern vor allem auch mit den Vereinigten Staaten sein. Bereits im Dezember unterzeichnete die Europolführung ein entsprechendes Abkommen mit den Vereinigten Staaten. Komplementär zur Schnellen Eingreiftruppe der EU sollen die EuropolistInnen im Bereich des „zivilen Krisenmanagements“ und der „Konfliktprävention“ eingesetzt werden. Die Fragen einer demokratischen Kontrolle von Europol, wurde in keiner der Planungen auch nur annähernd berücksichtigt.

Im Bereich des Informationsaustausches soll der Zugriff von Polizei und Geheimdiensten auf die Datenbanken anderer EU Staaten erheblich vereinfacht werden. Durch vereinheitlichte Formulare sollen die Sprachbarrieren abgebaut werden. Somit werden unter anderem die Datenbanken des Schengener – Informations – Systems (SIS) erschlossen, die jetzt schon zu rund 90% mit den Daten sogenannter „unerwünschter Ausländer“ angefüllt ist. Ebenso geplant ist unter der Bezeichnung Enfpopol, die jahrelange Speicherung sämtlicher Kommunikationsdaten (Telefongespräche, Faxe, E-Mails, Internetaufrufe, etc.)

Abgeschlossen wurde, auf dem letzten EU Gipfel im belgischen Laeken, die Schaffung einer europäischen Armee. 60.000 Soldaten stehen für Kriseneinsätze im Umkreis von 3.000 Kilometern bereit. Die Bereitschaft kann innerhalb von 60 Tagen hergestellt werden und die Einsätze können bis zu einem Jahr andauern. Problematisch bleibt bei möglichen zukünftigen Einsätzen allerdings, die Nichtexistenz einer gemeinsamen europäischen Außenpolitik, in deren Auftrag die neue Truppe eingreifen könnte. Die ungeklärte Kommandostruktur läßt die Truppe, so noch kopfloser erscheinen. Eine gemeinsame Stoßrichtung der EU nach außen läßt sich in diesem Konflikt somit nicht ausmachen.

Heimatfront

„Alles wird so werden, wie wir es uns schon lange gewünscht haben“ scheint das Leitmotiv der deutschen Außen- und Innenpolitik, nach dem 11. September zu lauten.

Deutschland sollte nach dem Willen der Bundesregierung nicht nur solidarisch mit den Vereinigten Staaten sein, sondern diese Solidarität sollte auch bedingungslos sein. Die Realität zeigte allerdings schnell, dass Solidarität, also das Bewusstsein über eine gemeinsame Interessenslage, mit Sicherheit nicht die Motivationen der deutschen Außenpolitik nach dem 11. September beschreibt. Viel eher boten die Anschläge den hoch willkommenen Anlass eigenständige militärische Macht in den anstehenden Kriegen zu werden und die Gelegenheit ökonomische und politische Positionen international auszubauen.

Bereits Ende Oktober startete Bundeskanzler Schröder in Begleitung des Bundeswirtschaftsministers und der Entwicklungsministerin, sowie einer Wirtschaftsdelegation zu einer Reise nach Indien, Pakistan und China. Unter dem vordergründigen Ziel, diese Länder zu einer Zusammenarbeit gegen den Terrorismus zu bewegen, ließ die Delegation, völlig uneigennützig einfließen, dass diese Zusammenarbeit eine verstärkte wirtschaftliche Kooperation mit Deutschland einschließen muss. Flugs wurden dann auch eine Reihe von höchst lukrativen Geschäften eingefädelt und besonders Indien und Pakistan wurden neue Kredite gewährt und laufende wurden teilweise erlassen. Die Kernbotschaft deutscher Außenpolitik lautet

auch in diesem Fall, frei nach Bill Clinton: „It's the economy, stupid!“ – „Es ist die Wirtschaft, Dummkopf!“.

Parteiübergreifend, die Ausnahme war die PDS, war man sich auch schnell einig, dass die BRD nun endlich ihre gebührende Rolle bei den anstehenden internationalen kriegerischen Interventionen einnehmen sollte. Auf gar keinen Fall wollte man sich lediglich an den Kosten solcher Interventionen beteiligen, um später bei den Erträgen wieder einmal leer auszugehen. Zielstrebig drängten Schröder und Scharping deshalb, von Anfang an, die Einheiten der Bundeswehr den Vereinigten Staaten auf. Die Bereitstellung der 3900 Soldaten für die Operation „Enduring Freedom“ durch den Bundestag, versuchte die Bundesregierung dann noch mit einem Hilfsersuchen der Vereinigten Staaten zu begründen. Der amerikanische Verteidigungsminister stellte allerdings unmissverständlich klar, dass es ein solches Ersuchen zu keinem Zeitpunkt gegeben hat.

Ein Problem für die Bundesregierung war, dass sie sich nicht auf eine "eigene Mehrheit" im Bundestag verlassen konnte. So kam am 30. August 2001, also kurz vor den Attentaten, die Mehrheit für den Bundeswehreinsatz in Mazedonien, bei dem die Waffen der UCK eingesammelt werden sollten, nur mit Hilfe der CDU/CSU und der FDP zustande. Vor der Abstimmung über den Antrag zum Bundeswehreinsatz im Rahmen der "Operation Enduring Freedom", erklärten die CDU/CSU und die FDP, dass sie nicht mehr bereit seien als Mehrheitsbeschaffer für die Bundesregierung zu dienen. Die SPD Spitze entschloss sich darauf hin zu einer riskanten Vornewegverteidigung. Der Kanzler stellte die Vertrauensfrage und verknüpfte sie mit der Abstimmung zum Antrag der Bundesregierung. Diese Kopplung lief auf eine Erpressung der ParlamentarierInnen hinaus. Hier ging es um die Staatsräson, die Regierung der drittstärksten Wirtschaftsmacht der Welt muss sich auf Parteien stützen können, die „Ja“ sagen zum Kriegseinsatz. Diese Taktik hatte Erfolg, Schröders Antrag erhielt die notwendige Mehrheit mit 336 Stimmen, zwei mehr als erforderlich.

Kaum war aber die Genehmigung zur Entsendung deutscher Truppen erteilt, versuchte die Bundesregierung beim Aufbau der Afghanistan Schutztruppe *(ein Begriff, der übrigens aus der Zeit des Kolonialismus stammt) an die Spitze zu spurten. Im Streit mit Großbritannien, welcher der beiden Staaten die Rolle der „Lead Nation“ übernehmen sollte, unterlag die BRD. Die UNO übertrug diese Aufgabe Großbritannien. Deutschland übernahm jedoch die taktische Führung im Raum Kabul, in dem das Gros der Isaf Truppen stationiert ist. Nach dem Abzug der britischen Truppen, stellt Deutschland mit 1.200 Soldaten das größte Isaf Kontingent.

Deutschland leitete seinen militärischen Führungsanspruch aus seiner politischen Führungsrolle im Post-Taliban-Prozeß ab. Diese war das Ergebnis der Bemühungen der deutschen Diplomatie, der es gelungen war, im November 2001, die UN Konferenz auf den Bonner Petersberg zu holen, auf der unter anderem über die künftige Regierung in Kabul entschieden wurde. Hier rangen hinter verschlossenen Türen die verschiedenen konkurrierenden Industrienationen darum, um ihre Interessensvertreter in die neue Regierung zu lancieren. Sowohl den Vereinigten Staaten als auch Deutschland gelangen es einige Interessensvertreter in der neuen Regierung zu positionieren. So gelten der Verteidigungs-, Außen- und der Innenminister Deutschland zugewandt, während der neue Ministerpräsident Karzai den Vereinigten Staaten zugewandt sein soll. Dieser nicht unerhebliche politische Einfluss von Deutschland im Post-Taliban Afghanistan, warf dann auch kurze Zeit später die ersten erwarteten ökonomischen Früchte ab. Mitte Februar 2002 besuchten als erste ausländische Delegation, Emissäre der deutschen Wirtschaft das Land und schlossen prompt Aufträge für mindestens vier Projekte ab. So soll Siemens ein Telefonfestnetz im Land installieren, ABB soll sich um die Kraftwerke und Beleuchtung in Kabul kümmern, die Essener Hochtief AG soll Straßen reparieren und Daimler-Chrysler Löschzüge, Lastwagen und Busse verkaufen. Finanziert werden sollen diese Projekte mit den Mitteln internationaler Kreditoren, von denen die EU, mit 550 Millionen Euro der Größte ist und von deren Mitteln wiederum 80 Millionen Euro aus Deutschland kommen. Mit anderen Worten aktuell fließt ein Großteil der Hilfszahlungen für Afghanistan direkt in die Kassen deutscher Konzerne.

Kriegsführen lohnt sich.

Anders noch als nach dem ersten Golfkrieg von 1991 machen auf dem Balkan und jetzt in Afghanistan deutsche Konzerne den besten Schnitt. Nur so und nicht anders lässt sich erklären, dass die rot – grüne Bundesregierung die Zahl der eingesetzten deutschen Soldaten, außerhalb des NATO Gebietes, von 2000 auf mittlerweile über 13.000 steigerte. Die Bundeswehr hat durch ihre Auslandseinsätze etwa 60.000 Soldaten verplant oder gebunden. Diese Zahl ergibt sich aus den Zeiten, die zusätzlich zum Einsatz selbst für Ausbildung, Vor- und Nachbereitung sowie die Regeneration des Personals erforderlich sind. Deutschland beteiligt sich an der Operation Enduring Freedom. Dafür werden 3.900 Soldaten bereitgestellt. Am Horn von Afrika sind zurzeit mehrere Schiffe der Marine stationiert. Sie sollen von dort aus die "Sicherheit der Seewege gewährleisten und Verbindungswege terroristischer Organisationen unterbrechen." Im Rahmen der "UN-Friedensmission" für Afghanistan, der International Security Assistance Force (ISAF), ist Deutschland Teil eines Einsatzkontingents, das einen Umfang von rund 1.450 Soldaten hat. Der deutsche Beitrag umfasst bis zu 1.200 Soldaten.

Etwa 7.800 deutsche Soldaten sind auf dem Balkan im Einsatz. Ihre Einsätze führen sie im Rahmen der Missionen SFOR (Stabilisation Force) Bosnien Herzegowina, KFOR Kosovo und FOX Mazedonien. Im Rahmen der SFOR-Mission in Bosnien Herzegowina sind rund 1.680 Soldaten im Einsatz. Im Kosovo sind weitere 4.680 Soldaten und bei der FOX-Mission in Mazedonien rund 590 deutsche Soldaten. stationiert.

UNOMIG, die in Georgien eingesetzte UN-Beobachtermission, besteht seit August 1993. Seitdem das Mandat vom UN-Sicherheitsrat jeweils um 6 Monate verlängert. Auftrag der 11 Bundeswehresoldaten ist die Kontrolle und Überwachung des Moskauer Waffenstillstands- und Truppenentflechtungsabkommens zwischen Georgien und Abchasien. Deutschland nimmt heute mit breiter gesellschaftlicher Unterstützung weltweit an militärischen Interventionen teil und wenn es heißt „Germans to the front“ regt sich heute mitnichten aus historischen als viel eher aus machtpolitischen Erwägungen internationaler Widerstand.

Innenpolitisch ließen die Anschläge vom 11. September und die Tatsache, dass sich einige der Attentäter vor den Anschlägen in Deutschland aufgehalten hatten einige der schlimmsten Allmachtsphantasien der Politik Wirklichkeit werden. Es wurden einige langgehegte Projekte aus den Schubladen geholt und in einem atemberaubenden Tempo umgesetzt. Bereits eine Woche nach den Anschlägen stellte die Bundesregierung zusätzliche 1,5 Milliarden Euro für die Bundeswehr und Maßnahmen der inneren Sicherheit bereit. Gleichzeitig stimmte die Bundesregierung im Rahmen des Sicherheitspaketes I, der Aufhebung des Religionsprivilegs im Vereinsrecht zu. Somit werden künftig nichtdeutsche religiöse Organisationen wie normale Vereine behandelt. Eine derartige Einschränkung verfolgt das Ziel, die Repression vom Einzeltäter auf das Kollektiv auszudehnen. Nicht die Tat, sondern der soziale und kulturelle Hintergrund, vor dem sie verübt wird, gerät zum Gegenstand staatlicher Verfolgung. Zudem wurde der Paragraph 129 b in das Strafgesetzbuch eingeführt, mit dem auch im Ausland tätige angebliche kriminelle und terroristische Vereinigungen künftig hier zu Lande verfolgt werden können. Bedenken, dass „der Terrorist des Einen möglicherweise der Freiheitskämpfer des Anderen ist“, wurden dadurch gelöst, dass die Strafverfolgung bei der in politischen Dingen „sensiblen“ Generalbundesanwaltschaft angesiedelt wurde. Sie wird nun in Zukunft klären und entscheiden, wem wegen welcher Interessenslage das Recht zum bewaffneten Kampf im eigenen Land zugesprochen wird und wem nicht.

Und natürlich handelt es sich auch beim §129b um einen Gesinnungsparagraphen, bei dem Angeklagten nicht mehr die konkrete Straftat nachgewiesen werden muss, sondern lediglich die Verbindung zu einer als terroristisch angesehenen Vereinigung. Die Angeklagten können für alle dieser Organisation zugeschriebenen Straftaten zur Verantwortung gezogen werden.

Das Sicherheitspaket II ist die konsequente Weiterentwicklung eines staatlichen Misstrauens, welches sich vornehmlich gegen Nichtdeutsche richtet, bei dem aber auch deutsche Bürger zunehmend in einen pauschalen Generalverdacht geraten. Speziell im sogenannten Ausländerrecht wurden eine Reihe von Verschärfungen beschlossen. So werden im Asylverfahren jetzt sogenannte identitätssichernde Sprachaufzeichnungen zugelassen, mit deren Hilfe im Zweifelsfalle die Herkunft der AntragstellerInnen ermittelt werden sollen.

Fingerabdrücke und andere identitätsichernde Unterlagen werden künftig zehn Jahre aufbewahrt. Diese können dann an ausländische und zwischenstaatliche Stellen weitergegeben werden, sofern keine schutzwürdigen Interessen der Betroffenen entgegenstehen oder eine völkerrechtliche Verpflichtung zur Weitergabe besteht. Darüber welche Interessen von einzelnen Betroffenen oder Gruppen schutzwürdig sind, entscheidet nun der Verfassungsschutz (VS), das BKA und der Militärische Abschirmdienst (MAD). Ausweisungen können verfügt werden, beziehungsweise die Aufenthaltserlaubnis können verweigert werden, sofern die Betroffenen die freiheitlich demokratische Grundordnung oder die Sicherheit Deutschlands gefährdet, sich bei politischen Aktivitäten an Gewalttätigkeiten beteiligt oder den Terrorismus unterstützt. Der Zugriff der polizeilichen Stellen auf das Ausländerzentralregister soll verbessert werden. Die Sicherheitsbehörden dürfen zukünftig den gesamten Datenbestand in einem automatisierten Verfahren abrufen.

Der Bundesgrenzschutz erhält erweiterte Befugnisse um sicherheitsrelevante Bereiche (Flughäfen, Krankenhäuser, Kraftwerke, Bahnhöfe, etc.) besser schützen zu können.

Der VS darf nun bei Kreditinstituten, Luftverkehrsunternehmen, Post- und Kommunikationsdienstleistern Informationen abfragen. Ferner darf der VS nun auch Aktivitäten beobachten, die sich gegen die „Völkerverständigung“ und das „friedliche Zusammenleben“ richten. Die Gesetze für den Bundesnachrichtendienst (BND) und den MAD werden entsprechend angepasst.

Das BKA darf künftig zwar noch nicht ohne konkreten Anfangsverdacht ermitteln, seine Kompetenzen werden jedoch nicht unerheblich erweitert. So ist das BKA auch für die Verfolgung von AnhängerInnen ausländischer „terroristischer“ Organisationen zuständig. Die zentrale Rolle des BKA soll gestärkt werden. So soll bei Datenerhebungen der Umweg über die Polizeibehörden der Länder entfallen.

Im Pass- und Personalausweisrecht dürfen neben Unterschrift und Lichtbild weitere sogenannte biometrische Daten aufgenommen werden. Welche biometrische Daten aufgenommen werden, soll in einem noch zu verabschiedenden Bundesgesetz geregelt werden. Die bundesweite zentrale Speicherung dieser Daten soll nicht erfolgen (wers glaubt). Die Standorte und Kennungen von Mobiltelefonen sollen künftig durch den Einsatz sogenannter IMSI Catcher, ständig ermittelt werden können. Als „effektives“ Fahndungsinstrumentarium präsentierten die Ermittlungsbehörden, die altbekannte Rasterfahndung. Mit ihrer Hilfe sollten die zahlreichen sogenannten „Schläfer“, also Personen, ausländischer terroristischer Organisationen, die unter dem Deckmantel eines völlig unauffälligen, „normalen“ Lebens Terroranschläge planen, erfolgreich aufgespürt werden. Die Rasterfahndung – spätestens seit dem sogenannten „deutschen“ Herbst von 1977 – berühmt, berüchtigt und äußerst umstritten, regt im Herbst 2001 niemanden mehr auf. Das hier ein Instrumentarium zur Anwendung kommt, mit dessen Hilfe im großen Umfang personenbezogene Daten von BürgerInnen gewonnen werden sollen und sie zwingt, unter Umkehrung der Beweislast, gegen sie erhobene „Verdächtigungen“ zu entkräften, ruft in der deutschen Gesellschaft nicht einmal mehr die Spur eines Unbehagens aus. Es verwundert natürlich nicht, da sich die Rasterfahndung in diesem Fall hauptsächlich gegen nichtdeutsche Personen richtet, die eine, nicht näher spezifizierte Bedrohung, für das deutsche Kollektiv darstellen.

So wurden im Zuge der Rasterfahndung, in vielen Bundesländern, die dortigen Universitäten dazu aufgefordert, die Daten von arabischen StudentInnen an die jeweiligen Landeskriminalämter zu übergeben. Diese Angaben wurden dann mit anderen Datensätzen abgeglichen, um mögliche „potentielle“ Täter zu ermitteln. Wer diese Datenvergleiche anstellt und was mit den Daten anschließend passiert bleibt völlig im Dunklen. Dass die Raster, mit denen die „Schläfer“ ermittelt werden sollen (männlich, unauffällig, finanziell unabhängig, Student oder Akademiker eines technischen Faches) ironischerweise genau den Zielerfordernissen für die Erteilung einer Green Card entsprechen, sei hier nur am Rande erwähnt.

Die Kür:

Krieg der Sterne

Die Vereinigten Staaten sind nach dem Untergang der Sowjetunion und der Warschauer Vertrag Staaten, die einzige verbliebene Weltmacht. Aber sie sind nicht die einzige imperialistische Macht. Zu dieser Weltmacht setzen sich die verschiedenen ambitionierten imperialistischen Mächte, wie z.B. Deutschland, in den unterschiedlichen geopolitischen Situationen, ständig aufs Neue ins Verhältnis.

Es läßt sich weltweit feststellen, dass mit dem Zusammenbruch der Blockkonkurrenz, „Kriegsverhütung“ als Doktrin aufgegeben wurde. Ehemalige „Verteidigungskräfte“, wie z.B. die Bundeswehr, werden zu Einsatzarmeen umgebaut. „Kriegsverhütung“ zu Zeiten des Kalten Krieges bedeutete nicht, keinen Krieg zu führen, sondern zahllose Stellvertreterkriege in Afrika, Lateinamerika und Nah- und Mittelost. Es wurde auch immer daran gearbeitet einen Atomkrieg führbar und gewinnbar zu machen. Die NATO plante mögliche Erstschlagszenarien und die Vereinigten Staaten setzte mit dem SDI-Programm (Self-Defense-Initiative) bereits Anfang der 80er eine Raketenabwehr im Weltraum auf die Tagesordnung, ohne dass diese damals technisch durchführbar war. Diese Szenarien waren eingebettet in die Akzeptanz der eigenen Verwundbarkeit und die Erkenntnis, dass ein „Nuklearer Winter“ über einen Großteil der Welt kein akzeptabler Preis war. Ziel der militärischen Vorbereitung für den Ernstfall war somit nicht, einen ungewinnbaren Atomkrieg zu führen, sondern ihn über ein "Kontinuum der Abschreckung" zu verhindern (pre war deterrence) bzw. ihn auf einer möglichst niedrigen Eskalations- und oder Schadensstufe wieder "einzufangen" (intra war deterrence).

Nach dem Wegfall der Blockkonkurrenz Ende der 80er Jahre gibt es keinen relevanten Gegenpol mehr und die Interessensdurchsetzung kann nunmehr militärisch ohne Beschränkung durchgesetzt werden. In dieser von George Bush Sen. propagierten "neuen Weltordnung" machten die Vereinigten Staaten deutlich, dass sie die einzige, global handlungsfähige Militärmacht der Erde sind. Neben ihrer Fähigkeit, mehrere konventionelle Kriege parallel und weltweit führen zu können, möchten die Vereinigten Staaten das nationale Raketenprogramm National Missile Defense (NMD) installieren. Mit Hilfe des NMD soll ein undurchdringbarer Schild, gegen gegnerische Raketenpotentiale errichtet werden. Die Fähigkeiten der Vereinigten Staaten mit ihren Satelliten und Horchgeräten alles zu kontrollieren, was sich bewegt oder mitteilt und die Tatsache, dass die US Armee auf über 800 Stützpunkte in aller Welt verteilt ist, läßt keinen Zweifel daran, welche Nation die einzig verbliebene Weltmacht ist und die Rolle des globalen Polizisten ausübt.

In ökonomischer Sicht stellt sich die Ordnung der Welt in der Form einer Triade (Vereinigten Staaten, Europa, Japan) dar, in deren Regionen die hauptsächlich ökonomische Macht konzentriert ist und zwischen denen der überwiegende Teil des wirtschaftlichen Transfers in Form von Waren und Kapital stattfindet. Etwas abgesetzt dazu ordnen sich die ökonomischen Potentiale des sich nachindustrialisierenden und –rüstenden Chinas und des hochgerüsteten, aber ökonomisch krisenhaften Rußlands ein. Auf hegemonialer Ebene sind hier allerdings schon grundsätzliche strukturelle Probleme erkennbar. So ist Deutschland innerhalb der EU die stärkste Macht ist, es gibt hier allerdings kein eindeutiges Hegemonialverhältnis, wie z.B. in der NAFTA, in der die Vereinigten Staaten gegenüber Kanada und gegenüber Mexiko absolut dominierend ist. Auf ökonomischer Ebene ist das gemeinsame Ziel der verschiedenen Industrienationen vorrangig die Durchsetzung einer rigiden neoliberalen Weltwirtschaftsordnung. Durch eine schrittweise Weiterentwicklung von Institutionen der Vereinten Nationen, gelang es einige Werkzeuge zu formen, die zur

Durchsetzung dieser Weltwirtschaftsordnung notwendig sind. So wurden aus IWF und Weltbank Instrumente für die globale Währungs-, Finanz- und Strukturpolitik, während im Bereich des internationalen Handels, mittels der World Trade Organisation (WTO), die vollständige Liberalisierung des Welthandels durch den Abbau von Zöllen und anderer Handelshemmnisse vorangetrieben wird.

Kontrolliert werden diese Institutionen, die allen Staaten Regeln der neoliberalen Marktwirtschaft, der Demokratie und der Menschenrechte nach westlichen Verständnis auferlegen, von der G8 (der Gruppe der acht führenden Industrienationen: Vereinigte Staaten, Kanada, Japan, BRD, Frankreich, Großbritannien, Italien und Russland). Mit Hilfe dieser und vieler nachgeordneter Organisationen, ist es denn G8 Staaten möglich, international Strukturvorgaben zu verordnen und die Richtung vorzugeben, ohne direkten Zwang, wie z.B. Sanktionen oder gar militärischen Druck, auszuüben. Diese Herrschaftsausübung mittels „weicher“ Machtfaktoren wird als „strukturelle Macht“ bezeichnet. Voraussetzung für die erfolgreiche Ausübung dieser strukturellen Macht, ist die allgemeine, universelle und verbindliche Anerkennung ihrer ideologischen Grundlagen, wie z.B. Pluralismus, Individualismus und Privateigentum als prägende Normen des gesellschaftlichen Zusammenlebens. Ist die Anerkennung dieser Grundlagen nicht mehr gewährleistet, müssen die „weichen“ durch „harte“ Machtfaktoren abgelöst oder zumindestens ergänzt werden. Entsprechend wurde die aktuelle nationale Sicherheitsstrategie der Vereinigten Staaten ausgerichtet. Sie rüstet sich dafür, regionale Gegenspieler gegen die US-Hegemonie, sogenannte „Schurkenstaaten“ und „Terrorismus“ zu bekämpfen, da das wirtschaftliche Wachstum in den Vereinigten Staaten auch von einer weltweiten stabilen Wirtschaft abhängt.

Die Aussenpolitik der Vereinigten Staaten im 20. Jahrhundert benutzt ein Portfolio diverser Ideologien gegen Staaten, die sich den Interessen der Vereinigten Staaten entgegenstehen oder offen widersetzen: Antikommunismus, Schutz des Privateigentums von US-Unternehmen, Antiterrorismus, „Menschenrechte“ und „zivilisatorische Rückschrittlichkeit“.

Trotz der eindeutigen Hegemonie der Vereinigten Staaten, ist ihre Vormachtstellung nicht unumstritten. Andere Nationen, wie auch Deutschland, wollen keinesfalls nur die „treuen“ Vasallen geben. Seit der Wiedervereinigung, die Deutschlands zentrale Rolle in Europa noch einmal erheblich stärkte, verlangen die Deutschen von den Vereinigten Staaten, ihre Hegemonieposition zugunsten einer multilateralen globalen Politik aufzugeben. Multilateralismus ist in diesem Zusammenhang die Chiffre für die Anerkennung Deutschlands als Weltmacht und „Europa“ ist die Chiffre für „Groß-Deutschland“, das sich einerseits als „deutsche Gefahr“ zum Verschwinden bringen und sein politisches Gewicht noch vergrößern will.

So stellt Deutschlands Einsatz während des Krieges gegen Afghanistan und beim „Krieg gegen den Terror“, einen weiteren Schritt auf dem Weg zur eigenständigen militärischen Macht dar. Zu recht feierte Gerhard Schröder das deutsche Engagement als Zäsur, als endgültige „Enttabuisierung des Militärischen“. Die Bundesregierung hat begriffen, dass Deutschland eine größere globale Rolle nur spielen kann, wenn es die neuen globalen Herrschaftsinstrumente – nämlich Eingreiftruppen – nicht nur vorzeigen, sondern auch einsetzen kann. Eine weitere machtpolitische Auseinandersetzung entzündete sich an der Frage, der Etablierung einer neuen Regierung in Afghanistan. So wie es Deutschland um eine „Neupositionierung“ in der Weltpolitik geht und es mit Hilfe der Dynamik der europäischen Integration eine neue Rolle bei der Gestaltung der Welt einnehmen will, so versuchen die Vereinigten Staaten, den „Krieg gegen den Terror“ als Disziplinierungsinstrument gegenüber ihren Partnern zu nutzen. Sie wollen die Deutungshoheit behalten, wann es sich um einen Sicherheitsfall von Terrorismus handelt und wollen ihre Partner an den entsprechenden militärischen Operationen beteiligen, wann und wie es ihnen gefällt.

In dem Krieg gegen Afghanistan und bei den möglichen militärischen Folgeaktionen gegen weitere Staaten, zeigen sich aber natürlich noch eine Reihe von weiteren imperialistischen Machtansprüchen und innerimperialistischen Konkurrenzverhältnissen zwischen verschiedenen Staaten. In Bezug auf das Verhältnis der Vereinigten Staaten zur EU, sowie auf

die Verhältnisse innerhalb der Europäischen Union, lässt sich feststellen, dass durch die Militäraktion der Vereinigten Staaten in Afghanistan, die Instabilität des EU deutlich wurde. Die Versuche der europäischen Staaten, nach dem NATO Krieg gegen Jugoslawien die europäische Integration voran zu treiben und vor allem auf militärischen Gebiet aufzuholen, blieben in ihrem Ergebnis bescheiden. Eine Ursache dafür ist, dass in der EU vier ähnlich starke G8 Staaten versammelt sind, deren Interessensdivergenz gemeinsame Entscheidungen und Handlungen erschweren. Bei den vier Staaten handelt es sich um Deutschland, Großbritannien, Frankreich und Italien, wobei die Atomkräfte Frankreich und Großbritannien ihr geringeres ökonomisches Gewicht, im Vergleich zu Deutschland, durch die größeren militärischen Kapazitäten und als Mitglieder des UN Sicherheitsrates, durch ihr größeres Gewicht auf der Weltbühne ausgleichen können.

Zu Beginn des Krieges gegen Afghanistan trafen sich die Ministerpräsidenten und Staatschefs der EU im belgischen Laeken zu einem Gipfel (siehe auch Kapitel europäische Geschichten). Auf diesem verabschiedeten sie eine Erklärung über die "Zukunft der Europäischen Union". Fakt ist allerdings, dass es weder in dieser Erklärung noch in Stellungnahmen anderer EU Institutionen, es den Versuch gab, als Bündnis gestaltend auf die internationale Politik einzuwirken. Diese Schwäche war den Staatschefs mehr als deutlich, weswegen sie auch die Bildung eines EU Konventes beschlossen, der bis März 2003 einen Reformentwurf der EU ausarbeiten soll, um eine größere Handlungsfähigkeit zu erreichen. Die Nichtexistenz einer gemeinsamen Haltung der Europäischen Union, war der Tatsache geschuldet, dass sich die europäischen Staaten auf der Grundlage von Einzelinteressen einen Wettlauf in den Krieg lieferten. So war das britische Militär von Anfang an in der Luft und am Boden dabei. Frankreich diskutierte bereits Anfang Oktober 2001 eine mögliche Beteiligung unter Führung der Vereingten Staaten. Das italienische Parlament beschloss am 7. November 2001 – also eine gute Woche vor dem Bundestag – eine Beteiligung am Krieg. Andere EU Staaten und EU Beitrittskandidaten - so Dänemark, Niederlande, Türkei, Polen und Tschechische Republik beteiligten sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten.

Exkurs in die Rüstungsindustrie:

Das Nichtzustandekommen einer eigenen europäischen Verteidigungs- und Außenpolitik, ist unter anderem dem Fehlen einer geschlossenen europäischen Rüstungsindustrie geschuldet, die Grundlage für eine unabhängige EU-Militärpolitik wäre. Die Staaten der EU unternahmen nach dem Krieg gegen Jugoslawien umfangreiche Anstrengungen zum Aufbau einer gemeinsamen Rüstungsindustrie. Ein wirkliches Schwergewicht stellt die EADS (European Aeronautic Defence and Space Company) dar, dem größten kontinentaleuropäischen Rüstungsunternehmen. Dieser in den Jahren 1999 und 2000 gebildete Rüstungsriese ist das Kind des NATO Krieges gegen Jugoslawien. Die EADS ist der Zusammenschluss der Rüstungssparten von Daimler-Chrysler (DASA), der französischen Aerospatiale Matra S.A. (Dassault) und der spanischen Construccions Aeronauticas S.A. (Casa).

Einzelne große Programme, die diesem Rüstungskomplex den erforderlichen langen Atem verleihen sollten, wurden in den Jahren 1999 und 2000 konkretisiert, wie z.B. das Programm des neuen Kampfhubschrauber NH - 90 und des Militärtransporters A400M, sowie der Realisierung des Eurofighters. So mündeten die Erfahrungen der europäischen Militärs mit den Abhängigkeiten von US amerikanisch dominierter Logistik, in den Projekten "Galileo" und "Astrium". Mit dem Militärprojekt "Astrium" sollen ab 2004/5 vier Satelliten die gesamte Erdoberfläche in einem Sechs - Stunden - Rhythmus überfliegen und dabei "Bilder von Gegenständen kleiner als 1 Meter Kantenlänge" übermitteln können. Dem Satellitenprogramm "Galileo" wird offiziell ein ziviler Charakter zugesprochen, z.B. zur Verkehrsführung. Es soll eine Alternative zum Satellitensystem GPS darstellen.

Im Mai 2001 unterzeichneten Regierungsvertreter von sechs EU Ländern, Deutschland, Frankreich, Spanien, Großbritannien, Schweden und Italien, sowie fünf Luftfahrt- und Rüstungskonzerne, darunter auch die EADS, ein Regierungsabkommen zur Entwicklung und

zum Bau künftiger unbemannter Kampfflugzeuge. Sogenannte Unmanned Combat Air Vehicle (UCAV) werden als die "Zukunftsgeneration der Militärluftfahrt" bezeichnet. Das US Militär, hat hier allerdings einen beträchtlichen Vorsprung, denn sie setzten solche Flugzeuge im Afghanistankrieg das erste Mal ein und konnten so den "Krieg der Zukunft" erproben. Der EADS gelang es allerdings nicht British Aerospace Systems (BAe), als den drittgrößten Rüstungskonzern der Welt und die Nummer eins in Europa einzubinden. Geplant war die Bildung eines militärisch-industriellen Komplexes der EU, um eine Option, Kriege unabhängig von der NATO und den Vereinigten Staaten - führen zu können. Diese Ziel wurde verfehlt.

Mit dem Krieg und dem dadurch massiv angekurbelten Rüstungsgeschäft bot sich der US - Politik die Chance, den Abstand zur EU auch auf militärpolitischen und -technischen Gebiet zu vergrößern und allzu ehrgeizige EU-Projekt auszubremsten. Dies wurde unter Anwendung des Prinzips "teile und herrsche" praktiziert. Zunächst wurde Großbritannien wie kein anderes NATO und EU Mitglied in die US Kriegspolitik in Afghanistan eingebunden. In seiner Rede, vom 20.09.2001, zum kommenden "Krieg gegen den Terrorismus", ließ George W. Bush die alte angelsächsische Waffenbrüderschaft wieder aufleben: "Amerika hat keinen besseren Freund als Großbritannien. Wieder einmal sind wir in einer großen Sache geeint." Allen voran konnte Großbritanniens Militär beim Krieg gegen Afghanistan an der Seite der Vereinigten Staaten mitbomben und kämpfen. Der wichtigste Coup gelang jedoch der US Regierung mit der Einbindung der britischen Rüstungsindustrie in das Joint Strike Fighter (JSF) Projekt. Die britische Regierung sicherte von Anfang an die Abnahme von 150 Kampfflugzeugen dieses Typs zu. Der britische Rüstungskonzern BAe wurde als einziger Nicht-US-amerikanischer Konzern an dem JSF-Programm beteiligt. Der auf BAe entfallende Auftragsanteil bei diesem Geschäft macht umgerechnet rund 15 Milliarden Euro aus, die erwarteten Exporte nicht berücksichtigt. Diese Summe liegt deutlich über derjenigen, die BAe im Eurofighter Geschäft erzielt.

Das JSF-Projekt schreibt damit dreifach Geschichte. Es ist zunächst das größte Rüstungsgeschäft aller Zeiten und zweitens wird mit damit die "Plattform-Strategie" – die unterschiedlichen Versionen für Heer, Marine und Luftwaffe sind zu 70% baugleich – als eine Produktionsform der "globalisierten" Ökonomie in das Rüstungsgeschäft übernommen. Drittens festigt die US Regierung mit dem JSF ihre strategische Position als führende Militärmacht, indem BAe mit dem US-amerikanischen militärisch-industriellen Komplex verknüpft wird. Die Bemühungen zum Aufbau eines westeuropäischen militärisch-industriellen-Komplexes erlitten mit dem Afghanistankrieg einen weiteren Rückschlag. Geplant war eine Erweiterung der EADS durch Einbeziehung des italienischen Rüstungsunternehmens Finmeccanica, welches auch die Italienische Gesellschaft für den Bau ziviler Flugzeuge, Alenia Aerospazio, kontrolliert. Mit diesem Zusammenschluß wären von den relevanten Luftfahrt- und Rüstungsunternehmen in Europa "nur" die britische Rüstungsindustrie mit BAe nicht beteiligt.

Trotz bereits im April 2000 unterzeichneter Abkommen für diesen Zusammenschluß, gab Finmeccanica im Januar 2002 bekannt, dass das Bündnis nicht zu Stande kommt. Stattdessen prüft das italienische Rüstungsunternehmen ein Zusammengehen mit BAe. Käme es zu dieser Allianz, hätten BAe - Finmeccanica auch die Mehrheitsanteile am Konsortium, das den Eurofighter herstellt. Gleichzeitig hat BAe seine transatlantische Orientierung weiter ausgebaut und von dem US Unternehmen Lockheed Martin für den Kaufpreis von 500 Millionen US \$ die Bereiche Steuerungssystem übernommen. Damit ist bei BAe das Pentagon mit Abstand der größte Auftraggeber, noch vor dem britischen Verteidigungsministerium. Diese Verbindung trug dann auch gleich Früchte,. Da im Februar 2002 bekannt wurde, dass ein groß angelegtes Kooperationsprojekt zwischen der EADS und Lockheed Martin durch letztere einseitig aufgekündigt wurde. Geplant war die gemeinsame Entwicklung eines Mehrzweck-Marineflugzeuges, das auf ein Finanzvolumen von 20 Milliarden US \$ veranschlagt worden war. Rüstungsfachleute bezeichneten dieses als eine schwere Niederlage für Europas Rüstungsindustrie.

Allerdings zeichnen sich die Bruchlinien nicht nur im Verhältnis Großbritannien gegen den Rest der EU Staaten ab. Parallel zu den oben beschriebenen Entwicklungen verfolgen die

einzelnen europäischen Staaten natürlich weiterhin verstärkte Rüstungsanstrengungen auf nationaler Ebene, teilweise in heftiger Konkurrenz zu "europäischen Projekten". So zeichnet sich ein Zusammengehen der beiden maßgeblichen deutschen Panzerbauer, des Münchener Unternehmens Krauss - Maffei Wegmann (KMW) und des Düsseldorfer Rheinmetall - Konzerns zu einem strategischen Verbund in der Heerestechnik ab. Dieser Zusammenschluss steht in Konkurrenz zu einer anderen geplanten Vereinigung der europäischen Kapazitäten zur Herstellung von Munition unter deutscher Führung. Hier hätte der deutsche Rüstungskonzern Rheinmetall zu den weltgrößten Munitionsherstellern aufrücken sollen. Ende 2001 wurde der britisch-französisch-italienische Lenkwaffenkonzern MBDA, nach dem amerikanischen Konzern Raytheon das weltweit zweitgrößte Unternehmen dieses Rüstungszweigs, gebildet. Die ebenfalls auf diesem Gebiet aktive deutsche Rüstungsfirma Diehl propagierte zum selben Zeitpunkt jedoch eine German Missile Company, den Zusammenschluß der Diehl Tochter BGT mit der Daimler-Chrysler Aerospace-Lenkwaffen-Tochter LFK. Die massivsten Probleme zeichnen sich allerdings beim größten europäischen Rüstungsprojekt, dem Bau des Militärtransporters A400M, ab. Italien hat sich im Oktober 2001 vollkommen aus dem Programm zurückgezogen und sich ganz der amerikanischen C-130J Herkules zugewandt.

Die deutsche Regierung sah sich Anfang 2002 nicht in der Lage, die für die deutschen A400M - Bestellungen vorgesehenen Mittel komplett in den Haushalt einzustellen. Nunmehr drohen die britischen und französischen A400M - Partner damit, das Projekt platzen zu lassen. Das britische Militär prüft statt des A400M das Konkurrenzmodell von Boeing, den Militärtransporter Globemaster, zu bestellen, von dem die Royal Airforce bereits vier Maschinen auf Leasing - Basis einsetzt. Ein Platzen des Projektes A400M hieße aber nicht nur, dass ein gewaltiger Rüstungsauftrag in Höhe von 18 Milliarden Euro dem Airbus-Konsortium und damit auch EADS verloren geht. Damit wäre auch der europäischen Eingreiftruppe, der seit 2000 beschlossenen WEU-Rapid Reaction Force, im Wortsinn die Grundlage entzogen: Die A400M - Militärmaschinen sollten die Transportbasis für die "Schnelle Eingreiftruppe" werden; sie stellen das entscheidende Symbol für die "europäische Sicherheitspolitik" dar. Angesichts der beschriebenen Entwicklungen, könnte sich die EU Sicherheits- und Verteidigungspolitik von der ursprünglich intendierten Herausforderung der VEREINIGTE STAATEN zu einer Ergänzung der US - Militärpolitik "zurückentwickeln". Ergänzung heißt in diesem Zusammenhang, das die EU im Sinne einer Arbeitsteilung, Aufgaben der VEREINIGTE STAATEN übernimmt. Das heißt wenn sie auf dem Balkan (dem Hinterhof der EU) eine größere Rolle spielt oder gar das Kommando übernimmt, die VEREINIGTEN STAATEN hingegen nur noch punktuell (z.B. mit ihrer Festung Bondsteel) präsent bleiben, um freiwerdende Ressourcen für anderweitige kriegerische Interventionen nutzen zu können.

Eine bedeutende Rolle im Konkurrenzkampf VEREINIGTE STAATEN - EU einerseits und dem innereuropäischen Konkurrenzverhältnis andererseits, spielt das nächste Kriegsziel, der Irak. Alle führenden EU Staaten nahmen in den letzten Jahren ihre Wirtschaftsbeziehungen zum Irak wieder auf. Frankreich nimmt hier inzwischen den Spitzenplatz ein. 2001 erreichte der französisch - irakische Handel ein Volumen von 3,8 Milliarden US \$. Deutschland erreichte im Handel mit Bagdad mit 634 Millionen US \$ den dritten Platz hinter Italien. Das Regime in Bagdad setzt offen auf die EU und die Widersprüche zwischen Brüssel und Washington. Demonstrativ wird das irakische Ölgeschäft seit Anfang 2001 in Euro anstatt, wie bei allen Ölstaaten üblich, in US \$ abgerechnet. Ein militärisches Vorgehen der US-Regierung gegen den Irak würde alle europäischen Geschäfte und den erheblichen Einfluß, den einzelne EU Staaten in Bagdad wieder haben, zunichte machen. Die amerikanische Regierung hat ihre detaillierten Planungen für einen Krieg gegen den Irak bereits weitestgehend abgeschlossen.

Problematisch sind für die VEREINIGTEN STAATEN zwei politische Fragen: Gelingt es die kurdische Opposition im Norden und möglicherweise die schiitische Opposition im Süden für eine aktive Rolle im Krieg zu gewinnen? Ist die Teilung des Landes nach einem Krieg sinnvoll, bei der möglicherweise ein kurdischer Staat etabliert wird - und wie läßt sich dies mit der erwarteten Unterstützung durch die Türkei vereinbaren? Dass die Türkei im Fall eines

US-Krieges gegen den Irak eine maßgebliche Rolle spielt, gilt als ausgemacht. Zumal Saudi-Arabien auf Grund der angespannten innenpolitischen Lage, den steigenden Differenzen mit den USA über die saudische Unterstützung der Al-Quaida, und des Druckes anderer arabischer Staaten, als Aufmarschgebiet ausfällt.

Laut Regierungskreisen ist die Türkei zu einer Beteiligung an dem Krieg gegen den Irak bereit. Ankara würde in diesem Fall nicht nur die Militärflughäfen für die US-Luftwaffe zur Verfügung stellen, sondern amerikanische Truppen könnten von türkischen Boden aus in den Irak einmarschieren. Der Krieg gegen den Irak könnte möglicherweise für die Türkei die Gelegenheit sein, sich Zugriff auf die Ölfelder in Kirkut und Mossul zu verschaffen. Die Rolle der Türkei würde sich damit völlig ändern. Sie hätte die Möglichkeit ihre regionale Macht auszubauen, die im Interesse und im Auftrag der US Politik agiert. Angesichts der katastrophalen wirtschaftlichen Lage der Türkei scheint ein aktives, militärisches Engagement im möglichen Krieg gegen den Irak kaum realistisch – hätten die Vereinigten Staaten der türkischen Regierung, die Streichung von Schulden des türkischen Militärs in Höhe von 5 Milliarden US \$ in Aussicht gestellt. Im Februar 2002 erhielt die Türkei vom IWF einen neuen Kredit über 16 Milliarden US \$. Einen ersten Rücklauf der neu gewährten Kredite an die Türkei konnte wenig später die amerikanische Rüstungsindustrie verbuchen: Die türkische Marine wird in den Vereinigten Staaten Hubschrauber im Wert von 324 Millionen US \$ kaufen. Gleichzeitig wurden im Januar 2002 Vereinbarungen für den Bau einer Pipeline von Baku in Aserbeidschan zum türkischen Mittelmeerhafen Ceyhan getroffen. Dieses Vorhaben sei, so der amerikanische Vizepräsident Dick Cheney, für die Vereinigten Staaten von großer Bedeutung. Mit dem Bau ist bereits im September 2002 begonnen wurden. Kurz darauf erklärte der Präsident der Weltbank, Wolfensohn, seine Institution wolle zu der Realisierung beitragen.

Die Gründe und Hintergründe für einen Krieg gegen den Irak muten vertraut an. Neben dem Interesse ums Öl geht es um geostrategische und militärisch-wirtschaftliche als auch um einen Konkurrenzkampf zwischen den Vereinigten Staaten und der EU. Im Wahlkampf hat sich die Bundesregierung eindeutig gegen einen aktiven Krieg im Irak ausgesprochen. Wieweit diese Haltung wahltaktische Gründe hatte und ob diese überhaupt auf Grund internationaler Eingebundenheit durchhaltbar scheint, ist noch nicht entschieden. Sicher ist jedoch, dass diese Ablehnung nicht pazifistisch motiviert ist, sondern auf Grund wirtschaftlicher Interessen im Irak beruht.

Die deutsch-amerikanischen Beziehungen haben aber unzweifelhaft einen nie gekannten Tiefpunkt erreicht. Hintergrund hierfür ist: gegenwärtig bezieht die BRD die Hauptmasse ihres Öls aus Rußland und die deutsch-russische Connection betreibt eine andere Irakpolitik als die US-Administration. Kürzlich schloß die irakische und die russische Regierung ein wirtschaftliches Optionsabkommen bezogen auf die nächsten 10 Jahre in der Größenordnung von 40 Mrd. Dollar. Für die Machbarkeit der Ausbeutung der irakischen Ölfelder ist die Aufhebung des UN-Embargos gegen den Irak zwingend erforderlich. Auch die immer noch mit Eigentumstitel versehene französische Ölindustrie und die deutschen Geschäftspartner des Irak stehen dem Embargo kritisch gegenüber, ein Krieg wird abgelehnt. So schrieb die Süddeutsche Zeitung am 4. Oktober 2002: „Nach einem Krieg gegen den Irak und der Entmachtung von Saddam Hussein bekämen die US-Ölfirmer wieder Zugriff auf die zweitgrößten Ölreserven der Welt.“ Weiter heißt es in dem Artikel: „Für die amerikanischen Ölmultis ergebe sich ein riesiges Geschäftsfeld – die europäische Konkurrenz hätte das Nachsehen.“ Die EU-Länder sind die wichtigsten Handelspartner aller Staaten in Nahost. Dass die USA den Irak, das Land mit den drittgrößten Ölvorräten weltweit unter ihre direkte Kontrolle bekommen, ist für Europa im Allgemeinen und Deutschland im Besonderen inakzeptabel.

arachne 2002